

PICUM QUARTALSRUNDBRIEF Oktober - Dezember 2014

GRENZEN

VEREINTE NATIONEN

ENTWICKLUNGEN IN DER EU-POLITIK

NATIONALE ENTWICKLUNGEN

GESUNDHEITSWESEN

ARBEIT UND FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN

UNDOKUMENTIERTE FRAUEN

UNDOKUMENTIERTE KINDER UND IHRE FAMILIEN

ABSCHIEBEHAFT UND ABSCHIEBUNG

VERÖFFENTLICHUNGEN UND ANDERE INFORMATIONEN

GRENZEN

EU / EU-Bürgerbeauftragte veröffentlicht Untersuchung zu Frontex gemeinsamen Einsätzen zur Rückführung

Die europäische Bürgerbeauftragte Emily O'Reilly kündigte am 22. Oktober 2014 an, dass ihr Büro eine Untersuchung begonnen hat, inwiefern Frontex bei Zwangsrückführungen durch gemeinsame (englische Abk: JROs) sicherstellt, die Grundrechte zu respektieren. O'Reilly betonte, dass es "die Eigenschaft von Zwangsrückführungen ist, möglicherweise ernsthafte Verletzungen der Grundrechten nach sich zu ziehen. Durch diese Untersuchung möchte ich herausfinden, wie Frontex ausgestattet ist, um mit potentiellen Rechtsverletzungen umzugehen und wie das Risiko solcher Rechtsverletzungen minimiert wird." Das Schreiben der Bürgerbeauftragten zu Frontex ist [hier](#) verfügbar.

Quelle: [Der Europäische Bürgerbeauftragte](#), Pressemeldung Nr. 20/2014, 22. Oktober 2014

FRANKREICH / Einsatz zusätzlicher Polizeikräfte und solidarische Proteste mit undokumentierten Migrant/innen in Calais

In Folge der Debatte um die steigende Zahl der Migrant/innen, die sich ohne Aufenthaltserlaubnis in der französischen Stadt Calais ([siehe PICUM Bulletin 16. September 2014](#)) aufhalten, zeigten immer mehr Menschen durch Proteste ihre Solidarität mit den irregulären Migrant/innen. Größere Demonstrantenzahlen wurden zum Internationalen Tag der Migranten am 18. Dezember erwartet. Diesen Protesten folgte eine Forderung nach zusätzlicher Verstärkung der Polizei in der Stadt, um die Situation zu kontrollieren. Denis Robin, der Präfekt des Departments Nord-Pas de Calais gab an, dass die Zahlen der sich in Calais aufhaltenden Migrant/innen von geschätzten 1.500 im August 2014 auf ca. 2.200 Migrant/innen Ende Oktober 2014 gestiegen seien. Der Zuzug von neuen Migrant/innen, die zum Großteil aus Eritrea und Äthiopien stammen, wurde als

Quelle von Spannungen angegeben, als Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Gemeinschaften ausbrachen.

Quellen: [Le Figaro](#), 18. Dezember 2014; [France TV Info](#), 24. Oktober 2014; [Le Monde](#), 3. November 2014

BERICHT / Grundrechte an Land- und Luftgrenzen der Europäischen Union

Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) veröffentlichte am 11. November 2014 zwei Berichte, die sich mit der Einhaltung von Grundrechten an den Land- und Luftgrenzen der Europäischen Union befassen. Analysiert wurden die Verfahrensweisen an den Grenzen sowie Vorgehensweisen und Überprüfungen an fünf internationalen Flughäfen und sechs Grenzübergangspunkten. Der Bericht betont, dass Grenzschutzmitarbeiter/innen eine bessere Ausbildung benötigen, um individuelle Umstände besser einzuschätzen und angemessene Informationen für Personen bereitzustellen, die sich im Voraus Überprüfungen unterziehen müssen oder denen die Einreise verweigert wird. Der Bericht "Fundamental Rights at Land Borders: Findings from Selected EU Border Crossing Points" [Grundrechte an Landgrenzen: Ergebnisse von ausgewählten EU Grenzübergangspunkten] ist [hier](#) verfügbar.

Quelle: [Agentur der Europäischen Union für Grundrechte](#), 10. November 2014

SPANIEN / Aufruf, Gesetzesänderung zu stoppen, die Menschenrechte verletzen würde

Eine Gruppe von 13 Menschenrechtsorganisationen hat einen Brief an den UN-Sonderberichterstatter für die Rechte von Migranten François Crépeau, sowie an den Menschenrechtsbeauftragten des Europarats Nils Muižnieks geschrieben. In dem Brief bitten sie darum, dass die spanische Regierung unter Druck gesetzt wird, eine geplante Gesetzesänderung im spanischen Einwanderungsgesetz zurückzuziehen. Die geplante Änderung würde eine automatische und kollektive Ausweisung von Migrant/innen, Flüchtlingen und Asylsuchenden vor den Grenzen der zwei spanischen Enklaven in Nordafrika, Ceuta und Melilla, ermöglichen. Dies würde Migrant/innen und Flüchtlingen das Recht entziehen, Asyl zu beantragen und würde sie dem Risiko ernsthafter Menschenrechtsverletzungen aussetzen. Eine, an den spanischen Innenminister und den Volksparteisprecher gerichtete Petition für die Aufhebung dieser Gesetzesänderung, kann [hier](#) unterzeichnet werden. Quellen: [Amnesty International](#), Oktober 2014; [Human Rights Watch](#), 30. Oktober 2014; [Europa Press](#), 30. Oktober 2014

GROßBRITANNIEN / Großbritannien wird sich nicht an Such- und Rettungsaktionen im Mittelmeer beteiligen

Am 27. Oktober 2014 gab die neue Außenministerin, Lady Joyce Anelay, bekannt, dass Großbritannien zukünftige Such- und Rettungsaktionen im Mittelmeer, um Migrant/innen vor dem Tod an den EU-Außengrenzen zu bewahren, nicht unterstützen wird. Der neue Einsatz "Triton", geleitet von der EU-Grenzagentur Frontex, begann im November 2014. Das britische Außenministerium begründete die Ablehnung der Teilnahme damit, dass Such- und Rettungsaktionen im Mittelmeer Menschen einen Anreiz gäben, nach Europa zu kommen. Menschenrechtsorganisationen verurteilten die Entscheidung der britischen Regierung, da solche Einsätze ausschlaggebend seien, um weiteres massenhaftes Ertrinken von Migrant/innen zu verhindern. Quelle: [The Guardian](#), 27. Oktober 2014

VEREINTE NATIONEN / Neue Richtlinien zu Menschenrechten an internationalen Grenzen

Das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) veröffentlichte seine "Recommended Principles and Guidelines on Human Rights at International Borders" ["Empfohlene Grundsätze und Richtlinien zu Menschenrechten an internationalen Grenzen"] während der 69. Sitzung der UN-Generalversammlung in New York am 23. Oktober 2014. Die Richtlinien thematisieren unter anderem rechtliche und politische Rahmenbedingungen, Wahrung der Menschenrechte bei Rettung und Aufgreifen von Migranten, Untersuchung und Befragung, Sicherstellen des Zugangs zu Rechtsvertretung, Vermeiden von Inhaftierung, sowie Rückkehr und Abschiebung. In Bezug auf irreguläre Migrant/innen erklären die Richtlinien, dass Maßnahmen gegen irreguläre Migration in Absicht oder Wirkung nicht diskriminierend sein dürfen. Die Richtlinien finden Sie [hier](#).

VEREINTE NATIONEN

UN / Allgemeine Empfehlung zu geschlechtsspezifischen Dimensionen von Flüchtlingsstatus, Asyl, Nationalität und Staatenlosigkeit von Frauen

Der Ausschuss der Vereinten Nationen zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen [The UN Committee on the Elimination of Discrimination against Women (CEDAW)] veröffentlichte am 6. November 2014 eine Zusammenstellung von Richtlinien zu geschlechtsspezifischen Dimensionen von Flüchtlingsstatus, Asyl, Nationalität und Staatenlosigkeit von Frauen. Der Ausschuss betonte, dass es ausschlaggebend ist, geschlechtsspezifische Formen von Verfolgung, wie geschlechtsspezifischer Gewalt, zu identifizieren und zu verstehen. Der Ausschuss erkannte an, dass in der Praxis die Formen von Verfolgung oft mit einem Blick auf männliche Erfahrungen bewertet würden, was dazu führen kann, dass Anträge auf Asyl nicht angemessen bewertet oder sogar abgelehnt werden. Für weitere Informationen zur Allgemeinen Empfehlung Nr. 32 klicken Sie bitte [hier](#).

UN / Beim 25. Jubiläum der UN-Kinderrechtskonvention stehen die Rechte von undokumentierten Kindern und nicht-Inhaftierung mit an erster Stelle

Am 20. November 2014 feierten Kinderrechtsaktivist/innen den Internationalen Kindertag und das 25. Jubiläum der UN-Kinderrechtskonvention (UN CRC). Der Menschenrechtsbeauftragte des Europarats [rief die Staaten auf](#), die Abschiebehaft von Kindern während des Asylverfahrens schnell und vollständig zu beenden, wie es vom UN-Ausschuss für Kinderrechte verfochten wird. Die dringende Notwendigkeit, die Inhaftierung von Kindern im Asylverfahren zu beenden, wurde auch in gemeinsamen zivilgesellschaftlichen Stellungnahmen der [Global Coalition on Migration](#) (Globale Koalition zu Migration, GCM) und der [End Child Detention Campaign](#) (Kampagne zur Beendigung der Abschiebehaft von Kindern) hervorgehoben. Aus Anlass des Jubiläums der Kinderrechtskonvention nahm das Europaparlament am 27. November 2014 eine Resolution an, die Maßnahmen zum Schutz jedes Kindes einschließt sowie vorsieht, Kinderrechte bei allen Aktivitäten der EU einzubeziehen. Die Resolution ist [hier](#) verfügbar. Der Europarat hat am 4. Dezember 2014 Entwürfe zu Schlussfolgerungen des Rates ([Council Conclusions](#)) verabschiedet. Diese Schlussfolgerungen beinhalten Verpflichtungen zum Schutz der Rechte von Kindern in allen Politikbereichen, die für undokumentierte Kinder relevant sind.

ENTWICKLUNGEN IN DER EU-POLITIK

EUROPARAT / Europäisches Komitee für Sozialrechte veröffentlicht endgültige Entscheidung im Fall KEK gegen die Niederlande

In seiner Entscheidung im Fall [Konferenz Europäischer Kirchen \(KEK\) gegen die Niederlande](#), erlassen am 9. Juli 2014 und veröffentlicht am 10. November 2014, folgerte die Europäische Kommission für Sozialrechte, dass das derzeitige niederländische Sozialhilfesystem die Rechte von undokumentierten Migrant/innen verletzt und nicht mit Artikel 13.4 und Artikel 31.2 der [Europäischen Sozialcharta](#) übereinstimmt, bezugnehmend auf das Recht auf soziale und medizinische Versorgung sowie das Recht auf Unterbringung. Die Kommission entschied, dass das Verweigern des Zugangs zu Unterbringung und Gesundheitsversorgung von erwachsenen, mittellosen undokumentierten Migrant/innen ohne Ressourcen eine Verletzung der Europäischen Sozialcharta darstellt. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass Staaten, die die Charta unterzeichnet haben, undokumentierten Migrant/innen angemessene Unterkünfte zur Verfügung stellen müssen, ungeachtet einer möglichen Ausreiseaufforderung.

Quelle: [Europarat](#), 10. November 2014

EUROPARAT / Parlamentsversammlung drängt Mitgliedsstaaten, Gesetze durchzusetzen, um die Abschiebehaft von Kindern zu verbieten

Die Parlamentsversammlung des Europarats hat am 3. Oktober 2014 ihre [Empfehlung 2056](#) (2014) beschlossen, die die Mitgliedsstaaten dazu auffordert, Gesetze einzuführen und durchzusetzen, die eine

Inhaftierung von Kindern aus Migrationsgründen verbieten. Die Versammlung stellte fest, dass die Abschiebehaft von Kindern für Zwecke der Migrationskontrolle "eine schwere und unmissverständliche Verletzung von Kinderrechten" darstellt. Die Versammlung rief insbesondere Belgien, Dänemark, Frankreich, Ungarn, Irland, Italien, die Niederlande und Großbritannien auf, Gesetze zu vollstrecken, die die Abschiebehaft von Kindern beenden.

Quelle: [Parlamentsversammlung des Europarats](#), 6. Oktober 2014

EU / Zivilgesellschaft drängt die EU und die Mitgliedsstaaten, Migrant/innen und migrationsbedingte Ziele in die Agenda der nachhaltigen Entwicklungsziele nach 2015 aufzunehmen

Eine Gruppe von zivilgesellschaftlichen Organisationen hat die EU-Kommission, das Europaparlament und die EU-Mitgliedsstaaten in einem [Brief](#) aufgefordert, Migration und Migrant/innen in ihre Verhandlungen über die Agenda der nachhaltigen Entwicklungsziele nach 2015 einzubeziehen. Der Brief drückt die Sorge der Organisationen aus, dass eine Agenda, die von engefassten wirtschaftlichen und nationalen Interessen geleitet wird, einem EU-orientierten Ansatz in der Migrationspolitik, der auf Menschenrechten basiert, vorgezogen werden könnte. Allerdings könnten jedoch sowohl die Herkunfts-, Transit- und Zielländer als auch die Migrant/innen selbst von einem Ansatz in der Migrationspolitik, der auf Menschenrechten basiert, profitieren.

EU / Empfehlungen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) zur Verbesserung des Schutzes von Migrantenkinder

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) verabschiedete am 15. Oktober 2014 den Bericht "Internationaler Schutz von unbegleiteten Minderjährigen" ('International protection of unaccompanied minors'). Eine Vielzahl von Empfehlungen sind auch für undokumentierte Kinder relevant, unter anderem der Vorrang des Kindeswohls vor allen nationalen und internationalen Gesetzen. Das Wohl des Kindes sollte sich an den Regeln und Standards der internationalen Konventionen über Menschenrechte orientieren und von einem, von den Migrationsbehörden unabhängigen, Gremium festgelegt werden. Der EWSA betont, dass die Beendigung der Abschiebehaft von Kindern dringende Priorität sei, ungeachtet dessen, ob sie von ihren Familien begleitet sind oder nicht, und unabhängig von dem Verfahren, dem sie unterliegen. Die Stellungnahme steht [hier](#) in mehreren Sprachen zum Download bereit.

EUROPÄISCHE KOMMISSION / Neuer Bericht zu Menschenhandel

Anlässlich des EU-Tages gegen den Menschenhandel am 18. Oktober 2014 hat die Europäische Kommission einen [Zwischenbericht](#) zur EU-Strategie zur Beseitigung des Menschenhandels im Zeitraum 2012–2016 vorgelegt, zusammen mit einem [statistischen Bericht](#) mit Daten über Opfer und Menschenhändler in den Jahren 2010–2012. Die Kommission berichtet auch über die Anwendung der [Richtlinie](#) zu Aufenthalts-genehmigungen für Opfer von Menschenhandel, die keine EU Bürger sind. Zwischen 2010 und 2012 wurden in den 28 EU-Mitgliedsstaaten insgesamt 30.146 Opfer von Menschenhandel erfasst. 80% der registrierten Opfer waren weiblich und 16% waren Kinder. Eine Infografik mit den zentralen Ergebnissen finden Sie [hier](#). Quellen: [Europäische Kommission](#), 17. Oktober 2014; [EU Observer](#), 20. Oktober 2014

RAT DER EUROPÄISCHEN UNION / Rat für Justiz und Inneres diskutiert irreguläre Migration

Innerhalb der Sitzung des EU-Rates, welche am 4.–5. Dezember 2014 stattfand, diskutierten die Minister/innen die Umsetzung der Prioritäten der [Task Force für das Mittelmeer](#) sowie die Schlussfolgerungen des Rates vom 10. Oktober 2014 zum Thema 'Taking action to better manage migratory flows' („Maßnahmen zum verbesserten Umgang mit Migrationsströmen“). Der Rat begrüßte den Beginn des EU finanzierten Einsatzes Triton am 1. November 2014, der die Verstärkung des Grenzschutzes im Mittelmeer zum Ziel hat. Der Rat diskutierte auch Maßnahmen, die in Kooperation mit Drittländern durchgeführt werden. Eine Video-Zusammenfassung des Ratssitzung für Justiz und Inneres vom 4.–5. Dezember 2014 in Brüssel finden Sie [hier](#). Quelle: Rat der Europäischen Union, [Pressemitteilungen](#) (PRESSE 630 – PR CO 66), 4.–5. Dezember 2014

EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE / Gerichtsbeschluss stellt Verletzung der Rechte von irregulären Migrant/innen durch Italien fest

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschied am 21. Oktober 2014, dass Italien das Leben einer Gruppe irregulärer Migrant/innen gefährdet hat, als diese im Jahr 2009 nach Griechenland abgeschoben wurden. 32 Afghanen, zwei Sudanesen und ein Eritreer waren in Patras, Griechenland, an Bord von Booten gegangen und dann in den italienischen Häfen von Ancona, Bari und Venedig angekommen. Von dort wurden sie direkt ohne ordentliches Gerichtsverfahren nach Griechenland abgeschoben. Der Gerichtshof befand, dass in Griechenland die Gefahr für die Migrant/innen bestand, weiter in ihre Herkunftsländer abgeschoben zu werden, und dass dies bestimmte Paragraphen der Europäischen Menschenrechtskonvention verletzen würde. Unter anderem wurde versäumt, den Migrant/innen den Zugang zu einem Asylverfahren zu ermöglichen.

Quellen: [BBC](#), 21. Oktober 2014; [EU Observer](#), 21. Oktober 2014

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION / Gerichtsurteil zum Recht von Migrant/innen auf eine Anhörung in Abschiebeverfahren

Im [Fall C-249/13](#) (*Khaled Boudjlida v Préfet des Pyrénées-Atlantiques*), stellte der Europäische Gerichtshof in seinem Urteil vom 11. Dezember 2014 den Umfang des Rechts auf eine Anhörung für Drittstaatsangehörige ohne Aufenthaltsstatus klar, in Einklang mit den Bestimmungen der [EU Rückführungsrichtlinie \(2008/115\)](#). In dem Fall ging es um die von Khaled Boudjlida gegen seine Abschiebung vorgebrachte Klage. Herr Boudjlida, ein algerischer Staatsangehöriger, verlor seinen Aufenthaltsstatus nachdem er es versäumt hatte, eine Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung in Frankreich zu beantragen als sein Studentenvisum Ende 2012 abgelaufen war. Nachdem er einen Antrag auf die Registrierung als selbständiger Unternehmer eingereicht hatte, wurden Anweisungen zu seiner Abschiebung erlassen. Der Gerichtshof befand, dass das Recht auf Anhörung nationale Behörden dazu verpflichtet, der betroffenen Person zu ermöglichen, den eigenen Standpunkt zum geplanten Ablauf der Abschiebung mitzuteilen. Der Gerichtshof stellte auch klar, dass nationale Behörden nicht gezwungen sind, dem Drittstaatsangehörigen die Informationen preiszugeben, auf deren Basis sie den Beschluss zur Rückführung rechtfertigen. Schließlich urteilte der Gerichtshof, dass Beschlüsse zur Rückführung immer durch eine Klage angefochten werden können, um den Schutz und das Recht sich zu verteidigen der betroffenen Person sicherzustellen. Der vollständige Fall ist [hier](#) erhältlich.

Quelle: Gerichtshof der Europäischen Union, [Pressemitteilung No 174/14](#), Luxemburg, 11. Dezember 2014

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION / Gerichtsentscheid zugunsten der Rechte von undokumentierten Arbeitnehmer/innen in den Niederlanden

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) entschied in seinem Urteil vom 5. November 2014 im Fall [C-311/13](#) (*O. Tümer v Raad van bestuur van het Uitvoeringsinstituut werknemersverzekeringen*) zugunsten der Anwendung der durch die [EU-Richtlinie zur Insolvenz von Arbeitgebern](#) gesetzlich verankerten Schutzvorkehrungen auf undokumentierte Arbeitnehmer/innen. Der Gerichtshof verfügte, dass es "im Widerspruch zu den sozialen Zielen der Richtlinie" stehe, im Falle der Zahlungsunfähigkeit eines Arbeitgebers undokumentierten Arbeitnehmer/innen Lohnnachzahlungen zu verweigern, und stellte somit klar, dass Mitgliedsstaaten undokumentierten Migrant/innen den Anspruch auf die durch die Richtlinie gesetzlich verankerten Schutzmaßnahmen nicht verweigern können.

Quelle: [Urteil des Gerichtshofes \(Fünfte Kammer\) vom 5. November 2014](#), O. Tümer v Raad van bestuur van het Uitvoeringsinstituut werknemersverzekeringen, Fall C-311/13.

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION / Urteil zu Abschiebebescheid in Frankreich

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) veröffentlichte am 5. November 2014 sein Urteil im [Fall C-166/13](#) (*Sophie Mukarabega v. Préfet de police and Préfet de la Seine-Saint-Denis*) in Bezug auf die von Sophie Mukarabega eingereichte Klage gegen einen Abschiebebescheid. Frau Mukarabega ist eine ruandische Staatsangehörige, deren Asylgesuch im Jahr 2012 von den französischen Behörden abgelehnt worden war. In dem Urteil erklärt der Gerichtshof, dass das EU-Recht nationalen Behörden nicht die Pflicht auferlegt, eine spezielle Anhörung zum Beschluss der Rückführung durchzuführen, wenn eine Entscheidung zum fehlenden Aufenthaltsstatus und ein Abschiebebescheid zur selben Zeit ausgestellt wurden. In Kenntnis dessen, dass Frau Mukarabega eine Anhörung zu ihrem fehlenden Aufenthaltsstatus hatte und es ihr möglich war, ihre Ansichten

zu diesem Thema vorzubringen, folgte der Gerichtshof, dass die Verabschiedung des Abschiebebescheids der französischen Behörden keine Verletzung des Rechts auf eine Anhörung bedeute.

Quelle: [Gerichtshof der Europäischen Union](#), Pressemitteilung No 142/14, 5. November 2014

NATIONALE ENTWICKLUNGEN

BELGIEN / Etwa 50 undokumentierte Migrant/innen im Hungerstreik

Am 17. November 2014 trat in Brüssel, Belgien, eine Gruppe von etwa 50 Migrant/innen ohne Aufenthaltsstatus, darunter acht Frauen, in den Hungerstreik. Die Gruppe fordert ihr Recht auf eine Anhörung sowie ihre Regularisierung. Eine Sprecherin der belgischen Ausländerbehörde erklärte, dass ein Hungerstreik gewöhnlich nicht dazu führen würde, dass die Behörde Anpassungen bezüglich des Status von Migrant/innen vornehmen würde. Quelle: [DH.net](#), 23. November 2014

DEUTSCHLAND / Bundesamt für Migration und Flüchtlinge kritisiert Kirchenasyl

Als Antwort auf die steigende Anzahl von Kirchenasyl-Fällen in Deutschland erklärte der Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Manfred Schmidt, am 15. Oktober 2014, dass es fraglich sei, ob die Kirchen auf verantwortliche Art und Weise mit dem Instrument Kirchenasyl umgingen. Er erörterte, dass die Bewilligung von Asyl in der Kirche nicht länger nur Einzelfällen in Not helfe, sondern grundsätzlich das Dublin-System infrage stelle. Laut Angaben der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V. (BAG), fanden im September 2014 etwa 245 Personen in etwa 136 Kirchengemeinden Obdach, verglichen mit 62 Personen in 34 Kirchen-Asylen im Januar 2014. Das Kirchenasyl hat eine lange Tradition in Deutschland, das Recht auf Obdach für Asylsuchende und undokumentierte Migrant/innen zu sichern.

Quellen: [Die Welt](#), 16. Oktober 2014 ; [Deutschlandfunk](#), 23. Oktober 2014

IRLAND / Neue Daten zu undokumentierten Migrant/innen in Irland

Die Organisation Migrants Rights Centre Ireland (MRCI) veröffentlichte am 26. November 2014 eine neue Studie über das Leben von Migrant/innen ohne Aufenthaltsstatus in Irland. Die Daten, die vom MRCI und der Initiative „Justice for the Undocumented“ („Gerechtigkeit für Undokumentierte“) gesammelt wurden, ergeben, dass aktuell zwischen 20.000 und 26.000 undokumentierte Migrant/innen im Land leben. Die große Mehrheit (81%) ist seit fünf oder mehr Jahren in Irland. 87% der undokumentierten Migrant/innen in Irland arbeiten und über 86% sind regulär in das Land eingereist und verloren später ihren Aufenthaltsstatus.

Quellen: [Migrants Rights Centre Ireland](#), 26. November 2014; [The Irish Times](#), 26. November 2014

SPANIEN / Kampagne hinterfragt sensationalisierte Darstellung in den Medien

Eine Kampagne der spanischen Organisation Red Acoge hinterfragt die sensationalisierte Darstellung von Migranten und Migration in den Medien. Mit dem Slogan „Inmigracionalismo“, abgeleitet von „Immigration“ und „Sensationalisierung“, wurde im Rahmen der Kampagne eine Webseite mit Informationen und Videos erstellt, um das Bewusstsein für das Thema zu schärfen. Mehr über die Kampagne erfahren Sie [hier](#).

GESUNDHEITSWESEN

BERICHT / Zugang zu sozialen und Gesundheitsdienstleistungen für Migrant/innen in Europa

Das diakonische Netzwerk Eurodiaconia hat am 13. November 2014 seinen Migrationsbericht 2014 mit dem Titel "Access to social and health services for migrants in Europe: overcoming the barriers" („Zugang zu sozialen und Gesundheitsdienstleistungen für Migrant/innen in Europa: Hindernisse überwinden“) veröffentlicht. Der Bericht basiert auf Forschungsergebnissen der Mitglieder des Netzwerks, die soziale und Gesundheitsdienstleistungen leisten. Der Bericht gibt an, dass die zentralen Herausforderungen des wachsenden Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit gegenüber Migrant/innen zu einem mangelnden politischen Willen führen, Richtlinien zu ändern; komplexe, verwaltungstechnische und gesetzliche Hürden und EU-Rechte und Freiheiten von internationalen Verträgen und EU-Richtlinien, die von den EU Mitgliedsstaaten nicht umgesetzt werden. Den vollständigen Bericht finden Sie [hier](#).

SPANIEN / KAMPAGNE / Infragestellung des begrenzten Zugangs zu Gesundheitsversorgung

Die spanische Organisation Red Acoge hat am 3. Dezember 2014 eine neue Kampagne mit dem Titel „Yo elijo ser humano“ („Ich entscheide mich dafür, menschlich zu sein“) begonnen. Die Aktion fordert den neuen spanischen Gesundheitsminister, Alfonso Alonso, auf, den Königlichen Erlass 16/2012 rückgängig zu machen. Seit dem Inkrafttreten dieses Königlichen Erlasses wurden mehr als 800.000 Migrant/innen von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen. Um das Gefühl von Marginalisierung und Schutzlosigkeit von Migrant/innen zu vermitteln, denen das Recht auf Gesundheitsversorgung genommen wird, hat Red Acoge versteckte Kameras in einer Apotheke aufgestellt, die die Reaktionen von Kunden erfassen, wenn ihnen vom Apotheker erzählt wird, dass ihre Gesundheitskarten zerstört worden sind und nicht funktionieren. Weitere Informationen über diese Kampagne und die Petition finden Sie [hier](#).

Quelle: [Para Inmigrantes.info](#), 3. Dezember 2014

VEREINIGTES KÖNIGREICH / Thematisierung des Betrugsrisikos beim Nationalen Gesundheitsdienst, untergraben dessen Werte und die des öffentlichen Gesundheitswesens

Ein Bericht mit dem Titel „Ensuring fair use of the NHS efficiently and effectively... ‚Do no Harm‘“ (Faire Nutzung des NHS effizient und effektiv sicherstellen ... ‚Schaden vermeiden‘“) untersucht die Vorschriften der britischen Regierung bezüglich der Leistungsverrechnung des Nationalen Gesundheitsdienstes (NHS) sowie beabsichtigte Änderungen, um Dienstleistungen zu verbessern. Der Bericht betont die zentralen Herausforderungen für die Regierung, um ihre Ziele zu erreichen, und schlägt eine Reihe von Empfehlungen vor. Die im Oktober 2014 von Demos und Ärzten der Welt veröffentlichte Analyse befasst sich mit der Umsetzbarkeit und den Auswirkungen der Vorschläge, darunter die Arbeitsweise und die Rentabilität des NHS in Sachen Betriebsmittelzuweisungen und Kosten, wenn der Zugang zu Primärversorgung, Krankheitsprävention und Heilbehandlung einschränkt wird. Der Bericht wirft darüber hinaus auch Fragen hinsichtlich der Finanzierung und der Kapazitäten für die Verwaltung der neuen IT-Infrastruktur auf, die notwendig wäre, um das Abrechnungssystem einzuführen. Auch die negativen Auswirkungen eines potentiellen oder vermeintlichen Datenaustausches zwischen dem NHS und Einwanderungsbehörden bezüglich des Zugangs von Migrant/innen zur Gesundheitsversorgung, die sie benötigen und die ihnen zusteht, wird thematisiert. Lesen Sie den Bericht [hier](#).

ARBEIT UND FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN

KAMPAGNE / ‘Used in Europe’: Menschenhandel und Ausbeutung

Anlässlich des europäischen Tages gegen den Menschenhandel am 18. Oktober 2014 hat das europäische Netzwerk gegen Menschenhandel, La Strada International, gemeinsam mit 30 Partnerorganisationen aus ganz Europa die Kampagne ‘Used in Europe: human trafficking and labour exploitation on our continent’ (In Europa ausgenutzt: Menschenhandel und Arbeitsausbeutung auf unserem Kontinent) begonnen. Die Kampagne richtet sich an Verbraucher, die Privatwirtschaft und Staatsregierungen, um gegen Menschenhandel vorzugehen. Hierzu dient eine interaktive Landkarte mit Zahlen zu Menschenhandel und Ausbeutung in ganz Europa. Die Website der Kampagne finden Sie [hier](#).

FILM / Neue Dokumentation thematisiert die Ausbeutung von Hausangestellten

Die Premiere der deutschen Dokumentation ‘Dringend gesucht – Anerkennung nicht vorgesehen’ fand am 25. November 2014 in Hamburg statt. Die Dokumentation zeigt die persönlichen Geschichten mehrerer Migrant/innen, die als Hausangestellte in Deutschland und den Niederlanden arbeiteten und von Arbeitgeber/innen ausgebeutet wurden. Die Dokumentation zeigt den Mangel an Rechten für Hausangestellte und porträtiert die ersten Initiativen, in denen sich Betroffene organisieren und sich Gewerkschaften anschließen. Weitere Informationen über die deutsche Dokumentation von Mónica Orjeda and Anne Frisius finden Sie [hier](#).

DEUTSCHLAND / Linke Gewerkschafter/innen wollen undokumentierte Migrant/innen und Flüchtlinge in Gewerkschaften eingliedern

Ein neues Bündnis für Gewerkschaftsrechte für Flüchtlinge und undokumentierte Migrant/innen wurde im November 2014 in Berlin von der Initiative der Gewerkschaftsgruppe ‘Ver.di aktiv’ gegründet. Die Initiative

folgt der Besetzung des Hauptsitzes des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) im September 2014. Diese Aktion führte zu einer Zwangsräumung der Demonstrant/innen durch die Polizei am 2. Oktober 2014. Dies stieß auf heftige Ablehnung der Unterstützer und einiger Gewerkschafter/innen. 2013 nahm die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di in Hamburg 300 undokumentierte Migrant/innen und Flüchtlinge auf. Quelle: [Neues Deutschland](#), 5. Dezember 2014; [Ver.di aktiv](#), November 2014

UNdokumentierte Frauen

IRLAND / Fall einer asylsuchenden Frau zeigt Kontroverse um Irlands Abtreibungsgesetze

Der Fall einer Frau, die im März 2014 nach Irland kam, um dort Asyl zu suchen und eine Abtreibung vornehmen lassen wollte, die ihr verwehrt wurde, hat den Forderungen nach einer kostenlosen, sicheren und legalen Abtreibungsmöglichkeit für alle in Irland lebenden und arbeitenden Frauen Nachdruck verliehen. Mithilfe von Dolmetschern hat die Frau einer Reihe von staatlichen Institutionen mitgeteilt, dass sie "lieber sterben würde" als das Kind auszutragen, da es aus einer Vergewaltigung in ihrem Heimatland stamme. Als sie Zugang zu den entsprechenden Stellen in Irland erhielt, sagte man ihr, ihre Schwangerschaft sei bereits zu weit fortgeschritten. Daraufhin verweigerte die Frau die Nahrungs- und Flüssigkeitsaufnahme. 40 Stunden danach boten ihr die Gesundheitsbehörden einen sofortigen Kaiserschnitt an. Ihr Baby kam mit 25 Wochen zur Welt und kam in staatliche Obhut. Ein an die Öffentlichkeit gelangter Bericht der irischen Gesundheitsdienstes spricht von „verpassten Möglichkeiten“ und stellt fest, dass den verschiedenen Behörden, die mit dem Fall befasst waren, durch die Gesetzeslage die Hände gebunden waren. Der Fall wird weiter untersucht. Quellen: [Irish Independent](#), 2. November 2014; [Irish Times](#), 4. Oktober 2014; [The Irish Times](#), 11. Oktober 2014

USA / KAMPAGNE / Unterstützung für undokumentierte Frauen in gewalttätigen Beziehungen

Die Stadt Coachella in Kalifornien hat im Oktober 2014 gemeinsam mit der Organisation Shelter from the Storm und dem Polizeidepartment von Riverside County eine Kampagne begonnen, um undokumentierte Frauen über ihre Rechte aufzuklären. [Shelter from the Storm](#) unterstützt Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt wurden. Viele undokumentierte Frauen, die in der Region auf den Feldern arbeiten, wurden zudem Opfer von sexuellem Missbrauch. Die Kampagne hat zudem das Ziel, Frauen über ihre Möglichkeiten aufzuklären und zu helfen, Schutz zu suchen und zu erhalten.

Quellen: [The Desert Sun](#), 26. Oktober 2014

UNdokumentierte Kinder und ihre Familien

EUROPA / Kinder aus Migrantenfamilien sind aufgrund der Rezession überproportional von Armut betroffen

Der Bericht mit dem Titel 'Children of the Recession: The impact of the economic crisis on child well-being in rich countries' (‚Kinder der Rezession: Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das Kindeswohl in reichen Ländern‘) zeigt, dass die politischen Maßnahmen, mit denen auf die Wirtschaftskrise reagiert wurde, zu einer größeren Ungleichheit innerhalb und zwischen den EU-Staaten geführt hat. Diese betrifft überproportional Kinder, die in labilen Verhältnissen leben. Die Bericht ist Teil der ‚UNICEF Innocenti Report Card‘ Serie und zeigt, dass negative Auswirkungen der Rezession auf Kinder in Migrantenhaushalten in Europa häufig größer als jene auf Kinder aus anderen Haushalten sind. Undokumentierte Kinder sind größtenteils nicht in den Statistiken erfasst. Die Ergebnisse des Berichts zeigen, dass Migrantenhaushalte (definiert als Haushalte, in denen mindestens ein Erwachsener außerhalb der Europäischen Union geboren wurde) ein höheres Risiko haben, Opfer von Kinderarmut zu werden. Dies legt nahe, dass undokumentierte Kinder einer höheren Gefährdung ausgesetzt sind, aufgrund zusätzlicher Hindernissen bezüglich ihres irregulären Aufenthaltsstatus. Den Bericht finden Sie [hier](#).

BERICHT / Was Staaten tun können, um die Interessen von unbegleiteten und von ihren Familien getrennten Kindern in Europa zu wahren

Ein neuer Bericht von UNICEF und UNHCR soll dazu dienen, Staaten darin zu unterstützen, ihre Verantwortung für den Schutz der Rechte und Interessen von unbegleiteten oder von ihrem Familien getrennten Kindern in Europa zu übernehmen. Der Bericht mit dem Titel 'Safe and Sound' schildert die wichtigsten Maßnahmen und

bewährte Verfahren, die sicherstellen sollen, dass die Rechte von unbegleiteten und von ihren Familien getrennte Kindern gewahrt werden und in ihrem besten Interesse gehandelt wird. Dies betrifft beispielsweise Maßnahmen und Verfahren bei der Ankunft der Kinder, bei ihrem Zugang zum jeweiligen Hoheitsgebiet, bei der Anmeldung, der Überlieferung an Kinderschutzeinrichtungen, der Vorbereitung ihres Verfahrens, der Beachtung des Kindeswohls in Asyl- und Einwanderungsverfahren und der Identifizierung einer nachhaltigen Lösung. Den Bericht finden Sie [hier](#).

BERICHTE / Stellungnahmen zur Bildung von Migrantenkindern und Jugendlichen

Das Netzwerk SIRIUS für Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund hat eine [Agenda für Migrantenbildung in Europa und unterstützende Empfehlungen für EU-Institutionen und Behörden der Mitgliedsstaaten](#) veröffentlicht, die ein Modell für die Bildung von Migranten vorstellt und eine Reihe von Empfehlungen abgibt, die auf mehr Integration im Bildungssystem abzielen. Die Agenda finden Sie [hier](#). Zusätzlich zu dieser Agenda veröffentlicht das SIRIUS-Netzwerk gemeinsam mit dem Migration Policy Institute eine Serie von sechs kurzen Stellungnahmen. Die Stellungnahme mit dem Titel [Verbesserung der EU-Bildungspolitik: Aufbau eines Systems, das junge Menschen mit Migrationshintergrund zum Erfolg verhilft](#) bietet einen Überblick darüber, wie die Bildungspolitik für Kinder mit Migrationshintergrund (Migrant/innen aus Ländern außerhalb der Europäischen Union oder Kinder solcher Migrant/innen) verbessert werden kann. Alle Veröffentlichungen der Serie werden [hier](#) auf Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch verfügbar sein.

ABSCHIEBEHAFT UND ABSCHIEBUNG

BELGIEN / Staatssekretär für Asyl und Migration verlangt Haft für undokumentierte Kinder und ihre Familien

Belgiens neuer Staatssekretär für Asyl und Migration, Theo Francken, Mitglied der nationalistischen Neuen Flämischen Allianz (N-VA), kündigte nach seinem Amtsantritt im Oktober 2014 an, undokumentierte Kinder und ihre Familien in Abschiebehaft zu nehmen. Weiterhin gab er an, die Kapazitäten der Abschiebehaft müssten erheblich ausgeweitet werden. Er kritisierte, dass viele irreguläre Migrant/innen auf freiem Fuß seien, da es den belgischen Haftanstalten an Kapazitäten mangle. Seine Ankündigung wurde von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Einzelpersonen kritisiert, die sich gegen die Pläne Franckens aussprachen und die Aufmerksamkeit auf Zustände in der Abschiebehaft und die Menschenrechtsverletzungen an Migrant/innen und Flüchtlingen richteten. Die neue Regierung Belgiens wurde nach den Wahlen im Mai 2014 am 11. Oktober von Belgiens König Philippe vereidigt.

Quellen: [RTBF](#), 13. Oktober 2014; [Flanders News](#) 13. Oktober 2014

FRANKREICH / Undokumentiertem Migrant, der für seinen Mut ausgezeichnet werden sollte, droht die Abschiebung

In September 2014 rettete Rachid J. das Leben eines Mannes, der von der berühmten Brücke Pont-Neuf in Toulouse im Südwesten Frankreichs gesprungen war. Die Präfektur der Region Haute-Garonne kündigte die Verleihung einer Medaille an Rachid J. für seinen Mut an. Diese Verleihung der Medaille sollte im Rahmen einer kleinen Zeremonie in Toulouse stattfinden. Rachid J. wurde jedoch im Rahmen einer Polizeikontrolle in dem besetzten Haus, in dem er im November bei einem Freund untergekommen war, von der Polizei festgenommen. Die Polizei stellte daraufhin fest, dass es sich bei Rachid J. um einen undokumentierten Migrant handelte. Er wurde in Abschiebehaft gebracht, von wo aus er in sein Herkunftsland Algerien abgeschoben werden sollte. Die Organisation La Cimade setzt sich, in Bezugnahme auf seine Heldentat, für seine Aufenthaltserlaubnis ein.

Quelle: [La Dépêche](#), 25. November 2014

FRANKREICH / Verbände für Rechte von Migrant/innen Zustände in der Abschiebehaft von Migrant/innen in Frankreich

Am 18. November 2014 haben fünf Verbände, die in Frankreich in Abschiebehaft gehaltenen Migrant/innen Hilfe und Unterstützung bieten, die Ergebnisse ihres gemeinsamen Jahresberichts vorgestellt. Die fünf NGOs Assfam, Forum-Réfugiés-Cosi, France Terre d'Asile, Cimade und Ordre de Malte kritisierten die Regierung für einen Mangel an Reformen der Bedingungen in der Abschiebehaft. Laut Bericht wurden im Jahr 2013 mehr als 45.000 Migrant/innen inhaftiert, darunter mehr als 3.600 Kinder, ein Anstieg im Vergleich zum Jahr 2012, wo es 2.700

Kinder waren. Zu diesem Anstieg kam es trotz der Versprechen des Präsidenten François Hollande, die Abschiebehaft von Kindern zu beenden. Die NGOs wiesen auch auf zahlreiche Verletzungen der Rechte von Migrant/innen in Abschiebehaft hin. Laut Bericht werden 54% der Betroffenen ohne gesetzliche Überwachung oder die Wahrung ihrer Grundrechte abgeschoben. Den Bericht finden Sie [hier](#).

Quelle: [La Croix](#), 18. November 2014

GRIECHENLAND / Weiterhin Misshandlungen von irregulären Migrant/innen in Haftanstalten und auf Polizeirevieren

Am 16. Oktober 2014 hat eine Delegation des Europäischen Komitees zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) einen [Bericht](#) über die Situation von irregulären Migrant/innen in Griechenland veröffentlicht. In dem Bericht wurden Besuche in 24 Polizei- und Grenzkontrollrevieren geschildert, ebenso wie in neun Abschiebehaftanstalten und sieben Gefängnissen in ganz Griechenland. Das Komitee berichtet von mehreren Fällen körperlicher Misshandlung von Migrant/innen auf Polizeirevieren oder in Abschiebehaftanstalten. Besonders die Bedingungen für unbegleitete Kinder wurden kritisiert.

Quellen: [The Wall Street Journal's Brussels Blog](#), 16. Oktober 2014

ITALIEN / Bericht über rechtliche Mittel für Migrant/innen, um gegen Abschiebung und Abschiebehaft vorzugehen und Zugang zur Justiz zu erlangen

In einem Bericht mit dem Titel „'Undocumented' Justice for Migrants in Italy“, der im Oktober 2014 veröffentlicht wurde, hat die [International Commission of Jurists](#) (Internationale Kommission von Juristen, ICJ) eine rechtliche Analyse der Mittel vorgestellt, die undokumentierte Migrant/innen nutzen können, um in Italien gegen eine drohende Abschiebung oder einen Haftbefehl vorzugehen. Der Bericht hebt die Unzulänglichkeiten des italienischen Rechtssystems hervor, die den Zugang zur Justiz und zu Rechtsmitteln für undokumentierte Migrant/innen in Italien hindern.

Quelle: [International Commission of Jurists](#), 30. Oktober 2014

VERÖFFENTLICHUNG / Open Access Now veröffentlicht Broschüre über Zustände in der Abschiebehaft von Migrant/innen

Die Kampagne Open Access Now (Freier Zugang Jetzt), die mehr Transparenz und Sichtbarkeit für Zustände in der Abschiebehaft fordert, hat am 15. Oktober 2014 eine Broschüre mit dem Titel ‚The Hidden Side of Immigration Detention in Europe‘ (‚Die versteckte Seite der Abschiebehaft in Europa‘) veröffentlicht. Die Broschüre stellt dar, dass die Abschiebehaft von Migrant/innen häufig eine Standardmaßnahme ist und jene kriminalisiert, die unerwünscht sind. In der Broschüre wird auch geschildert, wie Migrant/innen in Abschiebehaft behandelt werden und unter welchen Bedingungen sie dort leben. Ferner beinhaltet sie eine Reaktion auf den Evaluierungsbericht der EU Rückführungsrichtlinie ([Directive 2008/115/EC](#)). Dieser wurde am 28. März 2014 von der Europäischen Kommission veröffentlicht und unterstreicht die Kluft, die zwischen dem, was Migrant/innen in Abschiebehaft tatsächlich erleben und den eigentlichen Prinzipien, die in der EU-Richtlinie zur Einhaltung der Menschenrechte festgelegt sind, besteht. Die Broschüre ist in [englischer](#) und [französischer](#) Sprache erhältlich.

VERÖFFENTLICHUNGEN UND ANDERE INFORMATIONEN

SPRACHGEBRAUCH / Faltblatt für die Verwendung korrekter Begriffe jetzt auch auf Niederländisch, Italienisch und Griechisch erhältlich

Ein Faltblatt im Taschenformat, das Gründe anführt, warum der Begriff „illegale Migrant/in“ nicht verwendet werden sollte, ist nun auch auf [Niederländisch](#), [Italienisch](#) und [Griechisch](#) erhältlich. Das Faltblatt bietet ein Wörterbuch der Übersetzungen der Begriffe „undokumentierte Migrant/in“ und/oder „irreguläre Migrant/in“ in allen EU-Sprachen und einer Übersicht der wichtigsten Institutionen, die sich dem korrekten Sprachgebrauch bereits verschrieben haben. Es ist Teil der Kampagne ‚Words Matter‘ (Worte haben Sinn), die PICUM im Juni 2014 begonnen hat, um für die Verwendung eines angemessenen Sprachgebrauchs im Zusammenhang mit undokumentierten Migrant/innen zu werben. Weitere Informationen zu der Kampagne finden Sie [hier](#).